

Reg.Nr. 902.41

Ba

Unterschrift _____

Gremium	Termin	Kennung	Beratungsaktion
Gemeinderat	19.11.2024	öffentlich	Beschlussfassung

<input type="checkbox"/> Produktsachkonto/Auftragssachkonto			
<input type="checkbox"/> Keine bzw. unerhebliche finanzielle Auswirkungen			
<input type="checkbox"/> Aufwand/Auszahlung	<input type="checkbox"/> Ertrag/Einzahlung	<input type="checkbox"/> Haushaltsansatz €	
<input type="checkbox"/> Die Kosten von	€ werden finanziert:		
<input type="checkbox"/> planmäßig	€	<input type="checkbox"/> Ermächtigungsrest	€
<input type="checkbox"/> überplanmäßig	€	<input type="checkbox"/> Verpflichtungserm.	€
<input type="checkbox"/> außerplanmäßig	€	<input type="checkbox"/> Nachtragsplan	€

Vorgang:

Anlage(n):

1. 2025 Haushaltsanträge: Antrag CDU-FB
2. 2025 Haushaltsanträge: Antrag SPD 1
3. 2025 Haushaltsanträge: Antrag SPD 2
4. 2025 Haushaltsanträge: Antrag Bündnis 90/Die Grünen 1
5. 2025 Haushaltsanträge: Antrag Bündnis 90/Die Grünen 1 Anlage 1
6. 2025 Haushaltsanträge: Antrag Bündnis 90/Die Grünen 1 Anlage 2
7. 2025 Haushaltsanträge: Antrag Bündnis 90/Die Grünen 2
8. 2025 Haushaltsanträge: Antrag Bündnis 90/Die Grünen 3: Naturkindergarten
9. 2025 Haushaltsanträge: Antrag FDP/FW

Beratungsgegenstand:

Haushaltsplan 2024 mit Finanzplanung bis 2027

- Haushaltsanträge der Fraktionen

Beschlussantrag:

Beschlussantrag siehe Sachverhalt

Sachverhalt:

Teil der jährlichen Haushaltsplanungen für das kommende Jahr ist die Möglichkeit der Fraktionen Haushaltsanträge zu stellen. Hierdurch können Anliegen, Wünsche und Prioritäten geäußert werden und so sichergestellt werden, dass bestimmte Projekte oder Maßnahmen im Haushaltsplan berücksichtigt werden.

Nach Einreichung der Haushaltsanträge erfolgt eine Beratung über diese Anträge im Gremium, bei der die verschiedenen Fraktionen des Gemeinderats ihre Meinungen austauschen und möglicherweise Anpassungen vorschlagen können. Am Ende wird über die Anträge abgestimmt, und die genehmigten Anträge/Vorschläge fließen in die endgültige Haushaltsplanung ein.

Ablauf Haushaltsanträge für den Haushalt 2025

1. Antragsabgabe 06.10.2024

Schriftliche Abgabe der Haushaltsanträge durch die Fraktionen.

2. Gemeinderat 05.11.2024

Die Verwaltung nimmt zu den Haushaltsanträgen Stellung. Vorberatung der Haushaltsanträge.

3. Gemeinderat 19.11.2024

Beratung und Beschlussfassung der Haushaltsanträge.

Antrag der Fraktion CDU – Freie Bürger

- **Modernisierung aller Bebauungspläne in Schwaikheim im Blick auf Nachverdichtung (s. Anlage)**

Beschlussantrag der Fraktion CDU – Freie Bürger:

Die Gemeinde erneuert in den kommenden 5 Jahre sukzessiven die Bebauungspläne in Schwaikheim zur Förderung der Nachverdichtung. Hierzu werden die notwendigen Mittel in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen und die Verwaltung erarbeitet dafür ein Gesamtkonzept und eine Priorisierung.

Stellungnahme der Hauptverwaltung:

Keine Zuständigkeit.

Stellungnahme der Kämmerei:

Keine Zuständigkeit

Stellungnahme der Bauverwaltung:

Die Bauverwaltung hat zurückliegend im Rahmen von Bauvorhaben bzw. Bauvoranfragen darauf hingewiesen, dass insbesondere das Thema Nachverdichtung grundsätzlich und für den gesamten Innenbereich zwecks der Erstellung von transparenten Eckpunkten im Gemeinderat beraten werden sollte. Aus diesem Grund wird hierzu für 2025 eine Klausur des Gemeinderats vorgeschlagen. Zudem kann in diesem Rahmen eine Priorisierung der bestehenden Bebauungspläne für die Vorbereitung und Bearbeitung ab 2026 vorgenommen werden. Für das Haushaltsjahr 2025 sollen für das Thema Bebauungspläne konsumtiv 47.000 Euro eingestellt werden. Im Jahr 2024 waren hierfür 100.000 Euro eingestellt. Die Kosten bzw. die Honorare für einen Bebauungsplan berechnen sich u.a. über die Fläche des Geltungsbereiches.

Beschlussvorschlag aus der Vorberatung:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Klausurtagung zu organisieren, um Kriterien festzulegen, nach denen die Bebauungspläne in einer bestimmten Reihenfolge angegangen werden. Zudem sollen mögliche Konsequenzen (Erschließungsbeiträge) aufgezeigt werden.

Antrag der SPD-Fraktion

- **Antrag auf Überprüfung der Barrierefreiheit in den öffentlichen Gebäuden, insbesondere der Toiletten und Duschen, auf ihre Behindertentauglichkeit (s. Anlage)“**

Beschlussantrag der SPD-Fraktion:

Die öffentlichen Gebäude werden auf ihre Barrierefreiheit hin überprüft und, wo möglich, diese hergestellt

Stellungnahme der Hauptverwaltung:

Keine Zuständigkeit.

Stellungnahme der Kämmerei:

Die aktuelle Haushaltslage der Gemeinde Schwaikheim ist weiterhin angespannt. Daher ist es unerlässlich, Projekte und Maßnahmen in der Haushaltsplanung zu priorisieren. Bei dieser Priorisierung sollte berücksichtigt werden, ob es sich um Pflichtaufgaben handelt, die gesetzlich vorgeschrieben sind, oder um freiwillige Leistungen, die zwar wertvoll, aber nicht zwingend erforderlich sind.

Stellungnahme der Bauverwaltung:

Die Bauverwaltung schlägt vor, dies im Jahr 2025 zu prüfen und dem Gremium das Ergebnis samt Kostenschätzungen in der Folge zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Beschlussvorschlag aus der Vorberatung:

Die Verwaltung wird beauftragt, kleinere, technisch unkomplizierte und kostengünstige Maßnahmen (Haltegriffe Freibad) umzusetzen. Zudem soll sie dem Gemeinderat die größeren Projekte vorstellen und diese im Rahmen des Investitionsrundgangs präsentieren, damit sie in das Investitionsprogramm für das Jahr 2026 aufgenommen werden könnten. Barrierearme Maßnahmen sollen auch benannt werden.

- **Antrag zur Bereitstellung ausreichender Fahrradstellplätze an öffentlichen Gebäuden in Schwaikheim (s. Anlage)**

Beschlussantrag der SPD-Fraktion:

An den öffentlichen Gebäuden in Schwaikheim wird eine ausreichende Anzahl von Fahrradstellplätzen angerichtet.

Stellungnahme der Hauptverwaltung:

Grundsätzlich wird der Ausbau der Fahrradinfrastruktur befürwortet.

Stellungnahme der Kämmerei:

Die aktuelle Haushaltslage der Gemeinde Schwaikheim ist weiterhin angespannt. Daher ist es unerlässlich, Projekte und Maßnahmen in der Haushaltsplanung zu priorisieren. Bei dieser Priorisierung sollte berücksichtigt werden, ob es sich um Pflichtaufgaben handelt, die gesetzlich vorgeschrieben sind, oder um freiwillige Leistungen, die zwar wertvoll, aber nicht zwingend erforderlich sind.

Stellungnahme der Bauverwaltung:

Die Bauverwaltung schlägt vor, dies im Jahr 2025 zu prüfen und dem Gremium das Ergebnis samt Kostenschätzungen in der Folge zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Beschlussvorschlag aus der Vorberatung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentlichen Einrichtungen zu überprüfen, um festzustellen, ob ausreichend Fahrradständer vorhanden sind oder ob ein Austausch notwendig ist. Die Ergebnisse sind anschließend dem Gemeinderat vorzustellen.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

- **Einführung eines Schwaikheimer Genuss Pfades (Radweg/Wanderweg) (s. Anlagen und Anhänge)**

Beschlussantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

Es wird ein Schwaikheimer Genuss Pfad (Radweg/Wanderweg) eingeführt.

Stellungnahme der Hauptverwaltung/ Stabsstelle Kommunikation und Kultur:

Die Einführung eines Genusspfades entlang der Weingüter, Obsthöfe und dem Birkenhof bietet die Chance, regionale Betriebe zu unterstützen und touristische Anreize zu schaffen. Die damit verbundenen Kosten umfassen unter anderem die Erstellung von Schildern, deren Befestigung, den Personalaufwand für die Koordination und mögliche Instandsetzungsmaßnahmen eines Teilabschnitts. Die Verwaltung empfiehlt, die Weingüter, Obsthöfe und den Birkenhof aktiv in das Projekt einzubinden. Es ist mit einem nicht unerheblichen finanziellen Aufwand zu rechnen, der je nach Umfang der Arbeiten variieren kann.

Die einmaligen Herstellungskosten für den Genusspfad hängen von verschiedenen Faktoren wie der Anzahl der Schilder, der Qualität der Materialien und dem Umfang der baulichen Maßnahmen ab. Eine grobe Kostenschätzung folgt:

Für die Erstellung der Schilder, die grafische Gestaltung und den Druck durch eine Grafikfirma, könnten Kosten zwischen 3.000 und 8.000 Euro anfallen, je nach Komplexität des Designs und der Anzahl der Schilder. Hochwertige Materialien wie wetterfeste oder vandalismussichere Schilder könnten die Kosten weiter erhöhen. In die Designfindung sollten die Beteiligten einbezogen werden.

Die Befestigungen und die Installation der Schilder, einschließlich der Bodenverankerungen oder anderer Befestigungslösungen, könnten mit weiteren 2.000 bis 5.000 Euro zu Buche schlagen. Dieser Betrag beinhaltet sowohl die Materialkosten als auch den Einsatz von Personal und Maschinen für die ordnungsgemäße Installation entlang der Route.

Für die Instandsetzung des Teilabschnitts, der repariert oder neu ausgebaut werden muss, ist eine genaue Kalkulation nur nach detaillierter Begutachtung durch das Bauverwaltungsamt möglich.

Insgesamt wären für die einmaligen Kosten des Projekts ein Rahmen von 10.000 bis 28.000 Euro zu erwarten. Der Personalaufwand für die Organisation ist hier noch nicht einberechnet. Es ist zu berücksichtigen, dass die Stabsstelle Kommunikation und Kultur im kommenden Jahr neben den üblichen Projekten auch die Organisation des Fleckenfests und des Gorronaustauschs in Schwaikheim übernehmen wird.

Stellungnahme der Kämmerei:

Die aktuelle Haushaltslage der Gemeinde Schwaikheim ist weiterhin angespannt. Daher ist es unerlässlich, Projekte und Maßnahmen in der Haushaltsplanung zu priorisieren. Bei dieser Priorisierung sollte berücksichtigt werden, ob es sich um Pflichtaufgaben handelt, die gesetzlich vorgeschrieben sind, oder um freiwillige Leistungen, die zwar wertvoll, aber nicht zwingend erforderlich sind.

Stellungnahme der Bauverwaltung:

Um eine Schätzung für die baulichen Kosten und den Umfang der Maßnahmen vornehmen zu können, schlägt die Bauverwaltung vor, die vorgeschlagene Strecke in 2025 diesbezüglich zu prüfen.

Beschlussvorschlag aus der Vorberatung:

Die Verwaltung wird beauftragt in den Haushaltsplan 2025 Mittel in Höhe von 5.000 € für die Errichtung eines Genusspfades einzustellen. Ein Konzept soll von Dritten erstellt werden. Eine Kostenbeteiligung der angrenzenden Betriebe und anderer möglicher Partner wird anvisiert.

- **Einführung eines Online Tools zum Klimacheck für jede Beschlussvorlage (s. Anlage)**

Kosten für das Tool: 1500 €

Jährliche Kosten ca. 500 €

Beschlussantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

Es wird ein Online Tool zum Klimacheck für jede Beschlussvorlage eingeführt.

Stellungnahme der Hauptverwaltung:

Die Verwaltung befürwortet grundsätzlich die Berücksichtigung von Umweltauswirkungen in Beschlussvorlagen. Dabei ist jedoch ein ressourcenschonender Einsatz sicherzustellen. Im Falle einer Einführung des Klimatools wird vorgeschlagen, dieses nicht auf alle Beschlussvorlagen anzuwenden, sondern gezielt auf solche, die erhebliche Umweltauswirkungen haben.

Durch die Beschränkung könnte sichergestellt werden, dass der Ressourcenaufwand (Personal und Zeit) im Rahmen bleibt und der allgemeine Arbeitsablauf der Verwaltung nicht beeinträchtigt wird.

Stellungnahme der Kämmerei:

Keine Zuständigkeit

Stellungnahme der Bauverwaltung:

Aus Sicht der Bauverwaltung wäre die Anwendung auf ihre Geeignetheit und den personellen Aufwand zur Bedienung und Bearbeitung zu prüfen. Ferner wäre festzulegen, mit welcher Konsequenz und Ziel die einzelnen Ergebnisse praktisch umgesetzt werden sollen.

Beschlussvorschlag aus der Vorberatung:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Tool kostenfrei zu testen und anschließend dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

- **Antrag auf dringliche Umsetzung des Naturkindergartens (Beschluss im Gemeinderat). In der ersten Stufe noch im Jahr 2025. (s. Anlage)**

Beschlussantrag der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen:

Hiermit beantragen wir, dass der im Jahr 2020 von uns beantragte Naturkindergarten (Beschluss im Gemeinderat) absolut dringlich umgesetzt wird. In der ersten Stufe noch im Jahr 2025.

Stellungnahme der Hauptverwaltung:

Die Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat im Haushalt 2020 einen Antrag zur Errichtung eines Naturkindergartens eingebracht. Die Verwaltung sieht diesen Antrag als umgesetzt an. In der Sitzungsvorlage 74/2023 zur Machbarkeitsstudie, die zur Errichtung des Naturkindergartens im Sängergarten führte, wurde ausgeführt, dass es sich um die Zusammenführung zweier Anträge handelt: den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen aus dem Jahr 2019 zur Errichtung eines Naturkindergartens und den Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion aus dem Jahr 2022 zur Errichtung eines naturnahen Kindergartens im Sängergarten. Der Beschluss zur Errichtung des Naturkindergartens wurde einstimmig gefasst.

Die Bedarfsplanung weist aus, dass mit dem Naturkindergarten im Sängergarten sowie dem Bau eines viergruppigen Kindergartens im Fritz-Ulrich-Weg der Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen gedeckt ist.

Stellungnahme der Kämmerei:

Im Rahmen der Klausur zur Priorisierung des Investitionsprogramms wurde sich gegen die Aufnahme in das Investitionsprogramm ausgesprochen.

Stellungnahme der Bauverwaltung:

Zu Bedenken ist, dass bei Aufstellung eines Bauwagens ebenfalls ein Baugenehmigungsverfahren zu beantragen ist. Für den Außenbereich ist gleichfalls zu klären, inwiefern Baurecht erst noch ermöglicht werden muss. Aus diesen Gründen ist eine kurzfristige Umsetzung nicht realistisch.

Beschlussvorschlag aus der Vorberatung:

Der Haushaltsantrag wird abgelehnt.

Antrag der Fraktion FDP/ Freie Wähler

- **Prüfung zur Einrichtung und Förderung eines Ärztehaus für Fachärzte (z.B. Kinderarzt) zur Verbesserung der medizinischen Versorgung in Schwaikheim und Erhöhung von Gewerbeeinnahmen (s. Anlage)**

Beschlussantrag der Fraktion FDP/ Freie Wähler:

Der Gemeinderat beschließt, die Einrichtung und Förderung eines Ärztehauses für Fachärzte (z.B. Kinderarzt) in Schwaikheim zu prüfen, um die medizinische Versorgung zu verbessern und Gewerbeeinnahmen zu erhöhen.

Stellungnahme der Hauptverwaltung:

Keine Zuständigkeit.

Stellungnahme der Kämmerei:

Grundsätzlich wird die Ansiedlung von Ärzten befürwortet. Eine Möglichkeit hierzu wäre die Aufnahme eines Ärztehauses in den Kriterienkatalog bei einer zukünftigen Ausschreibung eines zum Verkauf stehenden Grundstückes.

Stellungnahme der Bauverwaltung:

Beschlussvorschlag aus der Vorberatung:

Bei der Ausschreibung eines zum Verkauf stehenden Grundstückes soll zukünftig ein Ärztehaus mit in den Kriterienkatalog mit aufgenommen werden.

- **Startschuss für ein Bebauungsplanverfahren für jeweils ein neues Wohngebiet und ein neues Gewerbegebiet (s. Anlage)**

Beschlussantrag der Fraktion FDP/ Freie Wähler:

Der Gemeinderat beschließt den Startschuss für ein Bebauungsplanverfahren zur Schaffung eines neuen Wohngebiets sowie eines neuen Gewerbegebiets in Schwaikheim.

Stellungnahme der Hauptverwaltung:

Keine Zuständigkeit.

Stellungnahme der Kämmerei:

Allgemein gilt, dass jede Maßnahme befürwortet wird, durch welche die Ertragslage der Gemeinde Schwaikheim gesteigert werden kann.

Stellungnahme der Bauverwaltung:

Beschlussvorschlag aus der Vorberatung:

Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Gebiete für die Weiterentwicklung zu prüfen. Diese sollen im Rahmen einer Klausurtagung diskutiert werden.

- **Pflanzen von Bäumen für Spielplätze zur Beschattung (s. Anlage)**

Beschlussantrag der Fraktion FDP/ Freie Wähler:

Der Gemeinderat beschließt das Pflanzen von Bäumen auf Spielplätzen, um für ausreichende Beschattung zu sorgen.

Stellungnahme der Hauptverwaltung:

Keine Zuständigkeit.

Stellungnahme der Kämmerei:

Keine Zuständigkeit.

Stellungnahme der Bauverwaltung:

Die Bauverwaltung schlägt vor, dies im Jahr 2025 zu prüfen und dem Gremium das Ergebnis samt Kostenschätzungen in der Folge zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Beschlussvorschlag aus der Vorberatung:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, an welchen Standorten welche Bäume gepflanzt werden können, und das Ergebnis einschließlich Kostenschätzungen dem Gremium zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

- **Einführung eines elektronisches Buchungstool für Hallen und andere Gemeindeeinrichtungen (s. Anlage)**

Beschlussantrag der Fraktion FDP/ Freie Wähler:

Stellungnahme der Hauptverwaltung:

Keine Zuständigkeit.

Stellungnahme der Kämmerei:

Keine Zuständigkeit.

Stellungnahme der Bauverwaltung:

Aktuell prüft das Gebäudemanagement in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen ein geeignetes Buchungstool.

Beschlussvorschlag aus der Vorberatung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung eines Programms zur Hallenbelegung zu verschieben, bis der Gemeinderat entschieden hat, ob eine weitere Halle bzw. die McArena gebaut wird. Im Rahmen der McArena wird ein entsprechendes Tool angeboten. Nach dieser Entscheidung soll eine Beschlussfassung zum Programm erfolgen.

- **Erweiterung Liegefläche Freibad und Ergänzung mit abtrennbaren Beachvolleyball/Fußball/Handball-Feld, welches Abends (gebührenpflichtig) online gebucht werden kann (s. Anlage)**

Beschlussantrag der Fraktion FDP/ Freie Wähler:

Der Gemeinderat beschließt die Erweiterung der Liegefläche im Freibad sowie die Ergänzung um abtrennbare Felder für Beachvolleyball, Fußball und Handball, die abends gebührenpflichtig online gebucht werden können

Stellungnahme der Hauptverwaltung:

Keine Zuständigkeit.

Stellungnahme der Kämmerei:

Die aktuelle Haushaltslage der Gemeinde Schwaikheim ist weiterhin angespannt. Daher ist es unerlässlich, Projekte und Maßnahmen in der Haushaltsplanung zu priorisieren. Bei dieser Priorisierung sollte berücksichtigt werden, ob es sich um Pflichtaufgaben handelt, die gesetzlich vorgeschrieben sind, oder um freiwillige Leistungen, die zwar wertvoll, aber nicht zwingend erforderlich sind.

Stellungnahme der Bauverwaltung:

Aus Sicht der Bauverwaltung wurde die Attraktivität des Freibades durch die erheblichen baulichen Maßnahmen im Jahr 2024 nachhaltig sichergestellt. Ein Mangel an Liegenflächen ist aktuell nicht feststellbar.

Eine Prüfung und eine Erstellung eines Konzepts sind aufgrund der Vielzahl der laufenden Projekte derzeit nicht darstellbar. Bei einer zukünftigen Gesamtüberplanung des Freizeitgeländes wird die Möglichkeit der Erweiterung des Freibades wieder aufgegriffen.

Beschlussvorschlag aus der Vorberatung:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag zusammen mit dem Antrag der Gemeinderatsfraktion CDU/Freie Bürger aus dem Jahr 2022 aufzugreifen und im Rahmen der Investitionsplanung für das Jahr 2026 zu präsentieren.

-
- **Prüfung einer Kalthalle (Einholung eines Angebots zur Ermittlung des Investitionsbedarf, Fördermöglichkeiten zur Finanzierung, laufende Kosten) und Gegenüberstellung mit einer McArena unter Berücksichtigung der jeweiligen Nutzungsmöglichkeiten für die Schule und Schwaikheimer Vereine (s. Anlage)**

Beschlussantrag der Fraktion FDP/ Freie Wähler:

Der Gemeinderat beschließt die Prüfung einer Kalthalle (Einholung eines Angebots zur Ermittlung des Investitionsbedarf, Fördermöglichkeiten zur Finanzierung, laufende Kosten) und die Gegenüberstellung mit einer McArena, unter Berücksichtigung der jeweiligen Nutzungsmöglichkeiten für die Schule und Schwaikheimer Vereine.

Stellungnahme der Hauptverwaltung:

Keine Zuständigkeit.

Stellungnahme der Bauverwaltung:

Die Ergebnisse der Sportentwicklungsplanung stehen derzeit noch aus. Derzeit befinden sich die entsprechenden Vereine in Abstimmungsgesprächen bezüglich möglichen Varianten. Diese Ergebnisse sind abzuwarten.

Stellungnahme der Kämmerei:

Keine Zuständigkeit

Beschlussvorschlag aus der Vorberatung:

Die Ergebnisse der Vereinsabstimmungen sind abzuwarten und werden anschließend dem Gremium vorgestellt. Beide Varianten (inkl. Einholung eines Angebots zur Ermittlung des Investitionsbedarf, Fördermöglichkeiten zur Finanzierung, laufende Kosten) sollen gegenübergestellt werden.